

«Wir werden niemanden um Anerkennung anflehen»

Abchasiens Präsident Bagapsch macht dem Westen Vorwürfe

Im Gespräch gibt sich der abchasische Präsident selbstbewusst und von der Schutzmacht Russland unabhängig. Europa sei selber schuld, wenn es keine Beziehungen zu seinem Land suche, sagt Sergei Bagapsch.

Paul Flückiger, Suchumi

Als Gott sein Land unter die Völker verteilt habe, seien die Abchasen mit Tänzen und Trinken beschäftigt gewesen und deshalb leer ausgegangen. Es tue ihm leid, aber nun sei es zu spät, soll Gott dem kleinen Kaukasusvolk beschieden haben. Die Abchasen aber hätten so heftig protestiert, dass sich Gott schliesslich erbarmt habe, heisst es in einer Volkssage. Ein sehr kleines Landstück habe er für sich selbst aufgehoben, soll Gott den Abchasen beschieden haben, nun aber könne er dieses ihnen übergeben.

Renovierte Häuser in Suchumi

Wer in Abchasien auf der Küstenstrasse von der russischen Grenze im Westen in die Hauptstadt Suchumi fährt, fühlt sich in der Tat von der üppigen, subtropischen Vegetation und den hohen Kaukasus-Gipfeln angetan. Die Strasse ist zunächst gut, und eine Reihe von Badeorten buhlen um Touristen. Verlässt man jedoch das in der Mitte des gut 220 Kilometer langen abchasischen Küstenabschnittes gelegene Suchumi in östlicher Richtung, trifft man bald auf alles andere als paradiesische Zustände: zerstörte Kombinate, ausgebrannte Schulen und geplünderte Wohnhäuser; Schlaglöcher machen das Vorwärtskommen selbst im Jeep zur Qual.

In der offiziell knapp 45 000 Einwohner zählenden Hauptstadt Suchumi verkehren fast neue, westeuropäische Mittelklassewagen in den Strassen, den altersschwachen Trolleybus nehmen für zehn Rubel vor allem Rentner und Schulkinder. Junge Leute flanieren auf der Küstenpromenade und strahlen so viel Optimismus aus, dass man auch als Besucher die Schiffswracks ausblendet und sich stattdessen an den schmucken, renovierten Alstadthäusern auf der Stadtseite erfreut. In der kleinen Einkaufsmeile fehlen die üblichen internationalen Markengeschäfte. Zwei abchasische Mobilfunkanbieter verteilen unkompliziert georgische Telefonnummern, während im Hafenbecken ein Kreuzer der russischen Marine ankert. Das ausgebombte Nobelhotel «Abchasia» ist mit russischsprachigen Werbe-Folien umhüllt und soll bald wieder im alten Glanz erstrahlen.

Antworten auf Russisch

Abchasische und russische Flaggen markieren abwechselungsweise den Weg zum Haupteingang des Präsidentenpalastes ein paar Schritte weiter, unweit der Strandpromenade. In Seitenflügeln sind einige Ministerien untergebracht, über den Haupttrakt aber gebietet seit Februar 2005 der einstige Apparatschik Sergei Bagapsch. Die Präsidialverwaltung verfügt über ein paar altherwürdige, hohe Räume. Die Besucher lässt man kurz auf einem antiken Sofa im Flur in der Obhut eines wortkargen jungen Übersetzers warten, dann werden sie in das sachlich gehaltene Büro des Präsidenten gebeten. Bagapsch antwortet nicht auf Abchasisch, sondern auf Russisch.

Die Frage nach der internationalen Anerkennung Abchasiens und danach, ob Suchumi in dieser Angelegenheit von Moskau nicht mehr Hilfe erwartet habe, beantwortet Bagapsch trotzig: «Wir haben keine Absicht, bei irgendjemandem um Anerkennung zu flehen oder irgendwelchen Druck auszuüben.» Von Russland erwarte man hierbei keine Hilfe, sagt Bagapsch, und vor einer Anerkennung durch die EU müsse Abchasien selbst noch ein paar Bedingungen erfüllen. «Es ist am vordringlich-

ten, ein demokratisches Umfeld und Rechtssicherheit in unserem Land zu schaffen, damit die ganze Welt versteht, dass die Abchasen in Freiheit leben wollen», sagt der Präsident ohne Umschweife. Suchumi sei bereit für diplomatische Beziehungen mit allen Staaten, bisher allerdings wolle nur Russland mit Abchasien sprechen und in Abchasien investieren, der Westen aber zeige nur die kalte Schulter. Da müsse man sich nicht wundern, dass sich die Abchasen dem Freund und Nachbarn Russland zuwenden würden.

Hoher Blutzoll

Bagapsch gibt durchaus zu, dass Abchasien seit August 2008 zu einem russischen Vorposten geworden ist. Die Schuld daran trügen allerdings Georgien, die Nato und der Westen, rasoniert er. «Es war nicht unsere Absicht, eine solche Situation zu schaffen.» Abchasien habe Russland, das heute die Staatsgrenzen bewache, um Hilfe gebeten, um eine Wiederholung der georgischen Aggression gegen Südossetien in Abchasien zu verhindern. «Während der letzten 20 Jahre mussten wir uns dreimal gegen Georgien verteidigen», sagt Bagapsch um Verständnis werdend, «und niemand kann uns daran hindern, Freunde zu suchen, die uns helfen, unsere Nation zu erhalten.» Insgesamt seien in bewaffneten Zwischenfällen mit Georgien neben den 3500 Bürgerkriegsopfern 2500 weitere Abchasen umgekommen, das sei ein sehr hoher Blutzoll für eine kleine Nation.

Russland aber bleibe nur so lange mit seinen gegenwärtig 2500 Soldaten in Abchasien, wie es Suchumis Interessenlage erfordere. «Wir haben eine gute Übereinkunft unterzeichnet, die wir jederzeit künden können», behauptet Bagapsch. Dies sei spätestens dann der Fall, wenn Georgien eine Regierung habe, die sein Land anerkenne. Noch aber unterstütze der Westen Georgien mit Waffen, statt das Geld dafür einzusetzen, die georgischen Abchasien-Flüchtlinge besser in die dortige Gesellschaft zu integrieren. In Georgien würden die Flüchtlinge als eine Art Kanonenfutter betrachtet, er aber träume von einem entmilitarisierten Kaukasus, wirbt Bagapsch mit gewinnender Stimme. Dann aber verfinstert sich der Blick des 60-jährigen Politikers: «Eines gilt es anzuerkennen: Abchasien wird sich niemals freiwillig Georgien angliedern. Man kann uns eliminieren, aber in den georgischen Staat werden wir nicht mehr zurückkehren.»

Fünf veraltete, weisse Telefonapparate mit Wählscheibe stehen auf Bagapschs Schreibtisch. Seine Mitarbeiter haben Flachbildschirme, der Präsident schreibt mit dem Kugelschreiber. Auf dem Globus, der auf dem Pult steht, dürfte Abchasien weniger als einen Quadratzentimeter ausmachen. Sergei Bagapsch ist sich dessen bewusst: «Alle kleinen und unabhängigen Länder haben mehr Pflichten als Privilegien gegenüber der internationalen Gemeinschaft», sagt er. Fragt man Bagapsch, so hängt das Überleben seines Landes jedoch vor allem von dessen Anziehungskraft auf die abchasische Diaspora ab.

Hoffen auf die Diaspora

Bis zu einer Million Abchasen sollen nach Schätzungen im Ausland leben, etwa drei Viertel allein in der Türkei. «Abchasien hat gar keine andere Perspektive, als diese Leute nach Abchasien zurückzuholen, um unsere Sprache, unser Volk und unser Land zu bewahren», sagt Bagapsch. Er beklagt, dass sein Land im Unterschied zu Israel leider zu arm sei, um mehr zu tun, als den Rückkehrwunsch unter den teilweise vor Generationen emigrierten Abchasen zu fördern. Auch nach der Flucht und Vertreibung von rund 200 000 Georgiern befinden sich die offiziell 96 340 Abchasen weiterhin in der Minderheit in der 215 000 Einwohner zählenden Region.



An der abchasisch-georgischen Grenze bei Gali.

IBRAGIM CHKADUA / AFP / GETTY

Folgen eines ungelösten Konflikts

Abchasiens Georgier – Leidtragende des Krieges in den neunziger Jahren

In Abchasien leben mehr als 50 000 Georgier, die meisten von ihnen im Gali-Bezirk an der Grenze zu Georgien. Sie leiden am stärksten unter dem Konflikt zwischen Georgien und seiner abtrünnigen Provinz.

Silvia Stöber, Gali

Die Bezirksstadt Gali, zehn Kilometer von der abchasisch-georgischen Grenze entfernt, wirkt wie eine Frontstadt. Im Stadtzentrum stehen Häuserskelette ohne Fenster und Türen, heruntergekommene Wohnblöcke, eine kleine Holzbaracke, die als Apotheke dient, und ein ehemaliger Uno-Stützpunkt, über dem jetzt die russische Flagge weht. In einer verfallenen Kaserne ist eine Schule untergebracht. Kinder in schwarz-weißen Uniformen laufen um riesige Löcher in den Strassen herum nach Hause, während ein schwarzer BMW über das Trottoir rast. Darin sitzen abchasische Milizionäre in Armeeuniformen ohne Rangabzeichen, während russische Soldaten auf Bänken vor Kiosken Bier trinken.

Ruinen in Gali

In den Gärten der Einfamilienhäuser reifen Mandarinen, Kakifrüchte und Haselnüsse. Hinter dem Laub sind neben vereinzelt Ruinen auch hier und da neue Fensterscheiben und silbrig glänzende Blechdächer zu sehen. Männer und Frauen laufen geschäftig mit schweren Taschen durch die Strassen. In ihre Gesichter ist das Leid der vergangenen Jahre geschrieben.

Die zertrümmerten Häuser erinnern die Einwohner Galis täglich an den Krieg zwischen Georgiern und Abchasen zu Beginn der neunziger Jahre. Damals hatten sich die unter der Sowjet-herrschaft aufgestauten Spannungen entladen, als die Republiken des Südkaukasus ihre Eigenständigkeit zurückgewannen. Während des Krieges flohen die meisten Einwohner Galis nach Georgien. Es sind überwiegend Mingrelier, eine eng mit den Georgiern verwandte Ethnie. Ende der neunziger Jahre kehrten etwa 45 000 Menschen zurück in die mit subtropischem Klima und fruchtbarem Boden gesegnete Gegend. Da die Grenze bisher durchlässig blieb, kamen viele tagsüber über die Grenze, um ihre Gärten und Felder zu bestellen oder als Lehrer und Ärzte zu arbeiten.

Doch der Gali-Bezirk blieb Austragungsort offener und verdeckter Auseinandersetzungen zwischen Georgien und Abchasien. Zudem zogen sich ehe-

malige Kämpfer und Kriminelle in die Gegend zurück. Fast täglich gab es Explosionen, Entführungen und Raubüberfälle. Opfer waren oft abchasische Behördenmitarbeiter. Georgier trauten sich meist gar nicht erst, in öffentlichen Ämtern zu arbeiten, um nicht des Verrats bezichtigt zu werden. Nachdem russische Sicherheitskräfte 2008 begonnen haben, die Grenze zwischen Abchasien und Georgien zu überwachen, lässt die Gewalt nach. Doch die Menschen leben weiter in Angst, auch weil sie durch Gerüchte und zumindest übertriebene Berichte georgischer Fernsehsender verunsichert werden. Seit die Uno-Beobachtermission vor einigen Monaten abziehen musste, gibt es keine neutralen Beobachter mehr.

Fehlende Versorgung

Die Ärztin Nona Tarbaja spürt die Folgen der Angst täglich. Sie hat die langwierige Fahrt über die kaputte Strasse nach Gali auf sich genommen, um von ihrer Arbeit in einer Ambulanz in einem Dorf direkt an der Grenze zu berichten. Die 48-Jährige wirkt ruhelos und resolut zugleich, wenn sie von ihren Patienten berichtet. Vor allem ältere Knaben und junge Männer zeigten Symptome, die auf psychisch bedingten Stress hinwiesen, erzählt sie.

Vor kurzem habe sich ein 15-Jähriger erhängen wollen. Er sei aber rechtzeitig gefunden und in die Ambulanz gebracht worden. «Wir konnten seinen Zustand stabilisieren», berichtet sie und kommt auf das grösste Problem in Gali zu sprechen: Damit man dem Knaben hätte weiterhelfen können, hätte er in ein gut ausgerüstetes Spital gebracht werden müssen, wie es eines nur wenige Kilometer entfernt auf der georgischen Seite gebe. Doch kurz zuvor habe es eine Anweisung gegeben, dass Transporte über die Grenze nicht stattfinden dürften. Aufgeregt erzählt Tarbaja, wie sie um eine Ausnahmeerlaubnis gekämpft habe. Stunden später sei der Knabe über die Grenze in das Spital gebracht worden. Am anderen Morgen sei er aber doch gestorben.

Offenbar kommt es immer wieder vor, dass Patienten zu spät behandelt werden, weil es Probleme an der Grenze gibt und der Weg in die 80 Kilometer entfernte abchasische Hauptstadt Suchumi angesichts katastrophaler Strassenzustände keine Alternative ist. Auch Liana Kvarchelia von der Nichtregierungsorganisation Zentrum für humanitäre Programme in Suchumi berichtet von solchen Fällen. Sie habe den Präsidenten Abchasiens, Sergei Bagapsch, darauf angesprochen, sagt Kvarchelia: «Er hat angeordnet, bei Notfällen sofort

Erlaubnis zur Grenzüberquerung zu geben», erzählt sie und erklärt, das Problem seien die Behördenmitarbeiter in Gali, die oft nicht die besten seien. Denn kaum ein Abchase wolle in dieser gefährlichen Gegend arbeiten.

Besonders unangenehm ist für die Ärztin Tarbaja und andere Bewohner Galis die Willkür der abchasischen Milizen an der Grenze zu Georgien: «Unser Zahntechniker kommt jeden Tag von der georgischen Seite zu uns zum Arbeiten. Neulich wurde er mehrere Stunden von Milizionären festgehalten, obwohl er alle Papiere hat», schimpft Tarbaja.

Slawa Chirikba, Sicherheitsberater von Präsident Bagapsch, antwortet auf derlei Klagen brüsk: «Warum wollen die immerzu über die Grenze gehen?» Die Regierung wolle die Mingrelier in die abchasische Gesellschaft integrieren. Die Bewohner Galis müssten sich entscheiden, ob sie in Abchasien oder in Georgien leben wollten, sagt Chirikba. Die Grenze sei ein Sicherheitsrisiko. Georgien habe versucht, Terroristengruppen einzuschleusen. Mehr als 100 russische Friedenssoldaten und 300 abchasische Behördenmitarbeiter seien in den vergangenen zehn Jahren getötet worden. Das sei nur mit Unterstützung von Bewohnern Galis möglich, die vom georgischen Innenministerium bezahlt würden. Besonders Russland habe Bedenken wegen der Olympischen Spiele 2014 im nahe gelegenen Sotschi. Deshalb werde es bald eine befestigte Grenze geben. Manch ein Politiker in Suchumi spricht gar davon, dass die Russen die Grenze in zwei Jahren ganz schliessen.

Drohender finanzieller Verlust

Von den Integrationsbemühungen der Regierung in Suchumi nehmen die Menschen in Gali vor allem wahr, dass sie gezwungen sind, abchasische Pässe anzunehmen, um Bürgerrechte wahrnehmen zu können. Falls sie nicht mehr über die Grenze nach Georgien dürfen, wird ihnen auch noch die finanzielle Lebensgrundlage entzogen: Neben Renten zahlt Georgien Unterstützung an die meisten Bewohner Galis, die weiter als Binnenflüchtlinge registriert sind. Hinzu kommen Gehälter für Lehrer und ärztliches Personal. Für die sozialen Probleme und die prekäre Sicherheitslage wird die Regierung in Suchumi eine Lösung finden müssen, soll die Gali-Region kein Unruheherd bleiben und letztlich der georgischen Regierung Argumente gegen Abchasien liefern.

Silvia Stöber ist freie Journalistin aus Hamburg. Sie ist spezialisiert auf Osteuropa und den Südkaukasus.